

Um-Frage

# VNW-Arbeitstagung: Schleswig-Holsteins Innenminister Breitner sagt „Ja!“ zu Bündnis: „Wir wollen in die Offensive gehen“

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. unterbreitete Schleswig-Holsteins neuer Landesregierung ein Bündnisangebot, um gemeinsam mit den Kommunen und weiteren Akteuren im Lande die aktuellen Herausforderungen wie steigende Wohn- und Betriebskosten, Energiewende und Demografie zu bewältigen. „Ja, wir sind zur Zusammenarbeit bereit, wollen in die Offensive gehen“, sagte Innenminister Andreas Breitner während der 20. VNW-Arbeitstagung vor fast 1000 VNW-Mitgliedern und stimmte dem Bündnis zu.



Podiumsdiskussion in der Lübecker MuK (v.l.): Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner, VNW-Verbandsdirektor Joachim Wege, Moderatorin Anja Würzburg, der Hamburger Staatsrat Michael Sachs, aus Mecklenburg-Vorpommern Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Rudolph und Eckard Pahlke vom Mieterverein Hamburg.

In Schleswig-Holstein steigen die Mieten in den Großstädten sowie im Hamburger Speckgürtel. Energetische Vorgaben sowie steigende Baukosten erschweren zunehmend den Bau bezahlbarer Wohnungen. Doch breite Bevölkerungsschichten wie junge Familien, Studierende, Berufseinsteiger und besonders Senioren sind auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen.

Viele Menschen im Lande haben die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit erreicht. Steigende Energiekosten und Regelungen wie die Trinkwasserverordnung und die EnEV 2012 treiben die Wohnkosten nach oben und bringen das Fass zum Überlaufen. Während Geringverdiener (unter 1300 Euro monatlich) 2001 noch 39,8 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten ausgaben, kletterte dieser Anteil laut Statistischem Bundesamt bis zum Jahr 2010 auf 48,8 Prozent.

VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege: „Wir unterbreiten der Landesregierung und den Kommunen ein Angebot für ein Bündnis. Partnerschaftlich wollen wir den Wohnungsbau vorantreiben und gemeinsam Hemmnisse abbauen. Unsere Mitgliedsunternehmen wollen den Neubau von

Wohnungen gerade in den Großstädten und im Hamburger Umland wieder verstärken. Das Bündnis soll bezahlbares und sicheres Wohnen für Jung und Alt fördern, den demografischen und energetischen Herausforderungen entsprechen und eine integrative Regional-, Stadt- und Quartiersentwicklung unterstützen! Die Wohnungsunternehmen sind dabei die geborenen Partner für das Land wie für Kreise und Kommunen.“ VNW-Verbandsausschussvorsitzender Raimund Dankowski: „Mit unserem Angebot verbinden wir ein Leistungsangebot von uns mit Erwartungen an die Politik. Der Gesetzgeber sollte die Belange der Wohnungswirtschaft stärker berücksichtigen. Wohnungspolitik muss künftig einen höheren politischen Stellenwert bekommen. Dazu gehört der Verzicht auf kostentreibendes Ordnungsrecht sowie ein angemessener Umgang mit dem Denkmalschutz. Betreutes Wohnen darf nicht mit den Anforderungen des Heimrechts belastet werden. Die Sozialleistungen, wie SGB II und Wohngeld, müssen sich angesichts steigender Energiekosten an den tatsächlichen Kosten von Vermietern und Mietern orientieren. Bei der staatlichen Grundstücksvergabe und Bauleitplanung muss zukünftig das Ziel „bezahlbares Bauen“ im Vordergrund stehen“.

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. vertritt 312 Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften (Hamburg: 88, Mecklenburg-Vorpommern: 153 und Schleswig-Holstein: 71). In ihren 712.000 Wohnungen (Hamburg: 278.000, Mecklenburg-Vorpommern: 280.000 und Schleswig-Holstein: 154.000) leben rund 1,4 Millionen Menschen.

„Ja, wir sind zur Zusammenarbeit bereit, wollen in die Offensive gehen“, sagte Innenminister Andreas Breitner und stimmte dem Bündnis zu. „Wir müssen dafür allerdings die Kommunen ins Boot holen. Denn dort liegt das Planungsrecht“, sagte der Innenminister vor 1000 VNW-Mitgliedern. Ein „Bündnis für das Bauen“, wie es seit September 2011 mit dem Hamburger Senat existiert, lasse sich deshalb nicht einfach eins zu eins auf Schleswig-Holstein übertragen. Die Gespräche wolle man in Kürze aufnehmen und sie sollen binnen eines Jahres zur nächsten VNW-Arbeitstagung zu einem konkreten Pakt gereift sein.

## Für Mecklenburg-Vorpommern



Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner sagt „Ja!“ zum Bündnis.

16.000 zurückgebauten Wohnungen in den vergangenen 10 Jahren geleistet. Für die im Jahr 2013 auslaufende Altschuldenhilfe fordern wir eine Anschlussregelung für alle mit Altschulden belasteten Wohnungsunternehmen und -eigentümer.

Für Hamburg verwies Dr. Wege auf das im September 2011 mit dem Hamburger Senat geschlossene „Bündnis für das Wohnen“. Dieses sorgt seit einem Jahr für Aufbruchsstimmung. Die Verbandsunternehmen wollen mit 1.900 neuen Wohnungen jährlich zum Erfolg der Wohnungsbauoffensive und auch zum Klimaschutz, zur Baukultur und zur Integration beitragen.

VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege forderte für Mecklenburg-Vorpommern die Fortsetzung des Programms „Stadtumbau Ost“, damit die positive Entwicklung der Wohn- und Stadtquartiere weiter gehen kann. Die Verbandsunternehmen wollen in den nächsten fünf bis sechs Jahren noch einmal ca. 5.500 Wohnungen vom Markt nehmen. Wir fordern die Aufstockung der Bundesmittel für die Städtebauförderung von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro. Das Programm Stadtumbau Ost muss über 2016 hinaus bis mindestens bis 2019 verlängert werden. Zukünftig muss die Aufwertung der Innenstädte stärker im Fokus der Förderung stehen. Mindestens die Hälfte der Stadtumbaumittel muss für Aufwertungsmaßnahmen verwendet werden. Zukünftig müssen sich vor allem private Eigentümer und institutionelle Wohnungsversorger am Stadtumbauprozess beteiligen. Unsere Mitgliedsunternehmen haben ihren Beitrag mit über

[Lesen Sie auch das Interview mit VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege zur 20. VNW-Arbeitstagung](#)  
[VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege fordert von Berlin: Masterplan, als Gesamtkonzept für die Energiewende, aber mit der Wohnungswirtschaft](#)